

## **Kein Wirtschaftsstandort ohne Autobahnen – A20 & A23 Jetzt!**

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- Wirtschaftsminister Robert Habeck und Verkehrsminister Volker Wissing auf, den Ausbau der A20 und A23 auf die Prioritätenliste zu setzen
- das Verbandsklagerecht einzuschränken und bürokratische Hürden für Infrastrukturprojekte zu verringern

### **Begründung**

Die Autobahnen A20 und A23 sind von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region. Ein gut ausgebautes Autobahnnetz ist unerlässlich, um den Wirtschaftsstandort zu stärken und attraktiv für Investoren zu sein. Der Ausbau der A20 und A23 wird zu einem nachhaltigen Wachstum beitragen, neue Arbeitsplätze schaffen und die regionale Wirtschaft ankurbeln.

Die dringende Notwendigkeit des Ausbaus dieser Autobahnen liegt auch in der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse begründet. Die derzeitige Verkehrssituation ist häufig von Staus und Überlastungen geprägt, was zu erheblichen Verzögerungen und Engpässen im Gütertransport führt. Durch den Ausbau der A20 und A23 wird die Verkehrsbelastung reduziert, der Verkehrsfluss optimiert und eine effiziente Mobilität für Pendler und Transportunternehmen gewährleistet.

Darüber hinaus werden durch die Fertigstellung der A20 und A23 neue Möglichkeiten für die regionale Zusammenarbeit geschaffen. Eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur erleichtert den Austausch zwischen Unternehmen, fördert die Vernetzung der Städte und Gemeinden und stärkt die wirtschaftliche Entwicklung auf regionaler Ebene.

Das Verbandsklagerecht kann dazu führen, dass Projekte über Jahre hinweg blockiert werden, selbst wenn sie alle gesetzlichen Vorschriften erfüllen. Dies kann zu erheblichen Verzögerungen führen und den wirtschaftlichen Fortschritt und die Schaffung von Arbeitsplätzen behindern. Eine Einschränkung des Verbandsklagerechts kann dazu beitragen, übermäßige Verzögerungen zu verhindern und die Durchführung von dringend benötigten Infrastrukturprojekten zu beschleunigen.

Der Autobahnausbau ist entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins. Er würde Arbeitsplätze schaffen, die Mobilität verbessern und besseren Zugang zu Märkten wie Dänemark schaffen. Durch eine Einschränkung des Verbandsklagerechts können Investitionen gefördert und die wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben werden, ohne dass das Projekt unnötig verzögert wird.